

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei finden Sie die Antworten der ersten 5 Piraten Listenkandidaten auf Ihre Wahlprüfsteine. Alle Kandidaten haben der Veröffentlichung der Antworten im Internet zugestimmt. Die Kürzel bei den Antworten sind nachfolgend beschrieben:

Antwortende Kandidaten:

UL: Uwe Lancier (Listenplatz 1)

EW: Erik Wohlfeil (Listenplatz 2)

MG: Marcel Gültig (Listenplatz 3)

mc: Ian Morrison-Cleator (Listenplatz 4)

GG: Gordon Geisler (Listenplatz 5)

Mit besten Grüßen  
der Vorstand der Piraten Karlsruhe

**1. Themenbereich Naturschutz und Landschaftsentwicklung, Flächenverbrauch**  
**1.1 Sind Sie für eine verbindliche Reduzierung des Landschaftsverbrauchs in Karlsruhe auf Netto-Null, entsprechend den Vorgaben des Landes von 2005 und 2011 im Jahr 2013 bestätigt ....?? Welche Strategien zur Reduzierung des Flächenverbrauchs verfolgen Sie?**

EW: In Karlsruhe ist die Bevölkerung zuletzt wieder stärker gewachsen (Zunahme von 1000-3000 Einwohnern jährlich seit 2000). Auch das KIT benötigt aufgrund der steigenden Studierendenzahl weitere Gebäude und hat Interesse an weiteren Flächen im Hardtwald.

Der Bevölkerungsrückgang ist das wesentlichste Argument für die Zielsetzung der Netto-Null beim Flächenverbrauch. Dies ist in Karlsruhe nicht gegeben. Die derzeitigen Vorgaben des Verkehrs- und Infrastrukturministers des Landes, Winfried Hermann, können durchaus ein verfassungsmäßig unzulässiger Eingriff in die Planungshoheit der Gemeinden und die kommunale Selbstverwaltung sein. Dies ist zu prüfen. Teilweise widersprechen diese Festlegungen auch anderen Zielen der Landes- und Stadtpolitik wie der Verbesserung der Bürgerbeteiligung und einem stärkeren sozialen Wohnungsbau.

Auch wenn ich den verwaltungstechnischen Maßnahmen nicht zustimmen kann, teile ich das Sachziel, den Landschaftsverbrauch so gering wie möglich zu halten; allerdings ohne dadurch die Stadtentwicklung unangemessen einzuschränken. Dies muss insbesondere unter möglichst weitgehender Bürgerbeteiligung in der Planungshoheit der Kommunen geschehen.

Die möglichen Maßnahmen sind mir bekannt (siehe z.B. <http://www4.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/2036/>). Zunächst sollte das Potential für die Karlsruher Innenentwicklung systematisch erfasst werden, um es möglichst gut nutzen zu können. Die Zielsetzung des geringen Landschaftsverbrauchs soll auch beim Beschluss neuer Bauleitpläne (Flächennutzungspläne und Bebauungspläne) beachtet werden, da hier eine Reihe von Maßnahmen möglich ist. Die Verlagerung auf den Radverkehr und den ÖPNV kann weiteren Verkehrsflächenverbrauch reduzieren.

MG: Mit diesem Thema kenne ich mich zu wenig aus um konkrete Maßnahmen zu nennen.

UL: Ich habe nicht die Fachkenntnis zu diesem Gebiet. EW's Aussagen schließe ich mich an, soweit ich es beurteilen kann, sind sie zutreffend.

GG: Ich schließe mich EWs Ausführungen an.

mc: -

**1.2 Auch in Karlsruhe führen trotz der Unterzeichnung der Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen" sowie des Beitritts zum Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt" negative Einflüsse und unumkehrbare Entwicklungen zu einem fortgesetzten Verschwinden an Arten und Lebensräumen. Herkömmliche Ausgleichs- oder Reparaturmaßnahmen Ersatzmaßnahmen haben diese Entwicklung nicht stoppen können.**

**Werden Sie sich persönlich dafür einsetzen, dass die Stadt ein kommunales Gesamtkonzept mit einem konkreten Maßnahmenkatalog und verbindlichen Umsetzungsvorgaben vorlegt?**

EW: Ja, ich werde mich für ein solches Gesamtkonzept einsetzen. Belege für die geäußerten Thesen wären gut und bei der Argumentation für ein solches Konzept hilfreich.

MG: Biologische Vielfalt ist mir wichtig, ich kann mir vorstellen mich für ein solches Gesamtkonzept einzusetzen.

UL: ein solches Gesamtkonzept erscheint mir sinnvoll, soweit darin nicht dogmatisch gegen die Wandlung der Natur unter dem Einfluss des Klimawandels und der Anpassung der Arten an die Kulturlandschaft vorgegangen wird.

GG: Ja, die Artenvielfalt ist mir wichtig. Da Arten jedoch keine Kommunalgrenzen kennen, soll sich Karlsruhe darüber hinaus für überkommunale Regelungen einsetzen, um eine Zunahme der Monokultur z.B. in der Landwirtschaft zu vermeiden.

Beispiel: Viele sogenannte "alte Sorten" an Nutzpflanzen heute nur noch eingeschränkt gepflanzt, bzw. nur eingeschränkt verkauft werden dürfen.

So befinden sich von 137 bekannten Kartoffelsorten nur 37 Kartoffelsorten im Verkauf. Rund 67% des Saatgutverkaufs erfolgt durch drei Weltkonzerne.

Entsprechende Verfahren wie im Fall der Kartoffelsorte "Linda" vor dem EuGH sind weiter zu unterstützen, damit Artenvielfalt gefördert wird.

mc: Ja, darüber hinaus sollte dies auch in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden geschehen, da sich die Natur nicht unbedingt an die Gemarkungsgrenzen hält.

**1.3 Rund ein Viertel der Fläche von Karlsruhe ist mit Wald bedeckt. Eine besondere Schutzverantwortung aus landesweiter Sicht besteht für die Auwälder, welche Hotspots der Artenvielfalt in Mitteleuropa darstellen, sowie Bruch- und Sumpfwälder. Bundesweite Bedeutung nimmt Karlsruhe aufgrund seines Bestands an alten Eichen und an diese gebundenen Lebensgemeinschaften ein, so wurde Karlsruhe schon mehrfach als "Heldbock-Hauptstadt" bezeichnet. Zahlreiche Einflüsse bedrohen jedoch die Artenvielfalt der heimischen Wälder.**

**Was wollen Sie zur Erhaltung der Artenvielfalt der Wälder in Karlsruhe tun?**

EW: Ich will mich für ein kommunales Gesamtkonzept mit einem konkreten Maßnahmenkatalog und verbindlichen Umsetzungsvorgaben zur biologischen Vielfalt einsetzen (siehe vorherige Frage). ;-)

Für den Großen Eichenbock muss dauerhaft sichergestellt werden, dass es einen Bestand an alten Stieleichen gibt. Eventuell könnten dazu gezielte Anpflanzungen nötig sein (an Stellen, wo sie als Alteichen nicht aufgrund der Sicherheit entfernt werden müssen).

Seit mein Zivildiensttätigkeit am WWF-Auen-Institut am KIT in Rastatt liegt mir die Auenlandschaft besonders am Herzen. Ich werde mich für eine möglichst ökologische Entwicklung derselben einsetzen. Der Großteil der Zuständigkeiten liegt hier aber nicht bei der Stadt, sondern bei Regierungspräsidium und Land.

MG: Mit diesem Thema kenne ich mich zu wenig aus um konkrete Maßnahmen zu nennen.

UL: Das in der Frage zuvor genannte Konzept sollte das berücksichtigen. Zur Entscheidung, welche Maßnahmen fachlich richtig sind, werde ich mich vorab kundig machen.

GG: Ich schließe mich Eriks Ausführungen an.

mc: Ich kenne mich da auch nicht aus, persönlich würde ich mich gerne informieren lassen, um das Beste für die Erhaltung und Restauration der Artenvielfalt zu tun.

**1.4. Bannwälder sind Totalreservate ohne jegliche Nutzung. Das Land Baden-Württemberg benennt als Zielgröße für Bannwald 1 % der Waldfläche, der Bund strebt einen Flächenanteil für Wildnisflächen (Bannwald) von 5 % an. Im Karlsruher Stadtgebiet sind bislang lediglich 0,11 % der Waldfläche (5 Hektar) als Bannwald ausgewiesen.**

**Sind Sie bereit Werden Sie sich dafür einsetzen, diesen Anteil wesentlich zu erhöhen?**

EW: Bei der Ausweisung von Bannwäldern sind die Vorschriften des § 32 des Landeswaldgesetzes zu beachten. **Ich stehe der Ausweisung weiterer Schutzflächen unabhängig von deren Art** (Bannwälder, Schonwälder, Schutzwald nach § 29 LWaldG, Natura-2000-/FFH-Gebiete, ...) **offen gegenüber**. Nachteilig ist zwar, dass dadurch die Waldbewirtschaftung eingeschränkt wird, allerdings überwiegen meines Erachtens die Vorteile für den Naturschutz. Die Vielfalt des

Karlsruher Waldes wird dadurch erhöht, was ihn in meinen Augen als Naherholungsgebiet qualitativ verbessert, auch wenn dann in manchen Gebieten mit einschränkenden Vorschriften für die Waldbesucher zu rechnen ist (kein Verlassen der Wege, keine Abfälle wegwerfen, keine Pflanzen entnehmen, Tiere nicht stören, fangen, usw.).

**Ob neben dem Bannwald Rißnert auf der Karlsruher Gemarkung weitere Waldstücke geeignet sind, zu Bannwäldern erklärt zu werden, ist mir nicht bekannt. Es erscheint mir aber durchaus denkbar, gerade in Bezug auf den Auwald bei Daxlanden, sofern dies mit der Nutzung als Hochwasserretentionsraum verträglich ist.**

Das entsprechende Dokument zur Zielsetzung des Bundes ist mir nicht bekannt (Sie dürfen es mir aber gerne zukommen lassen). Ich gehe allerdings davon aus, dass die dortige Definition von Wildnisflächen nicht mit der Definition des Bannwaldes nach baden-württembergischen Landesrecht identisch ist. Demnach könnten darunter auch Flächen fallen, die nicht nach LWaldG zum Bannwald erklärt wurden, aber einen ähnlichen Schutzstatus haben. Dann wäre der 5%-Wert kein geeigneter Vergleichswert.

**Insgesamt bleibt zu sagen, dass ich die Erklärung von konkreten Karlsruher Waldstücken zu Bannwäldern voraussichtlich unterstützen werde, wenn dies von Karlsruher BürgerInnen oder Verbänden an mich heran getragen wird oder dies von einer anderen Fraktion eingebracht wird; nämlich sofern das entsprechende Waldstück einen biologischen Wert hat, der diese Maßnahme angemessen erscheinen lässt. Da dies aber keines meiner Kernanliegen ist und auch meine persönlichen Ressourcen begrenzt sind, werde ich in diesem Bereich nicht von selbst eine Initiative ergreifen.**

MG: Die Wälder in Stadtnähe müssen auch als Naherholungsgebiet für Karlsruher Bürger zur Verfügung stehen. Die Ausweisung von Bannwäldern muss daher mit den Bedürfnissen der Bürger abgestimmt sein.

UL: Wälder auf den begrenzten Flächen einer Großstadt haben einerseits wertvolle Auswirkung auf Ökologie und Lebensraum der Stadtbevölkerung, stehen andererseits unter dem dauernden Einfluss der Auswirkungen des dichten Siedlungs- und Wirtschaftsraums. Daher wird jede Maßnahme meine Unterstützung bekommen, die dem Erhalt und der Wirksamkeit des städtischen Waldes dient, ggf. auch bei Einschränkung der Nutzbarkeit des Waldes.

GG: Ich bin für die Erhöhung der Bannwaldflächen im Landesdurchschnitt. Ich werde mich für eine enge Abstimmung mit den Nachbargemeinden einsetzen, um hierdurch im "Großraum Karlsruhe" eine Erhöhung der Bannwaldflächen zu erreichen, falls es aus strukturellen Gründen nicht möglich sein sollte diese innerhalb der Fläche Karlsruhes zu erreichen.

mc: In unserem dicht besiedelten Gebiet sollte die Möglichkeit, die Wälder als Naherholungsgebiet zu nutzen weiter gegeben sein, dennoch stehe ich einer Renaturierung positiv gegenüber. Vielleicht lässt sich auch in diesem Spannungsgebiet der Interessen auch jenseits der bürokratischen Vorgaben an manchen Stellen ein Zwischweg zwischen Renaturierung, forstwirtschaftlicher Nutzung und Naherholungszwecken erreichen,

**1.5 Intensive Landwirtschaft gilt als Hauptursache für den Artenrückgang in Deutschland. Auch in Karlsruhe ist ein Verlust an Wiesen, Ackerrainen und Randstreifen sowie Feldgehölzen zu beklagen.**

**Wie sollte nach Ihrer Auffassung die Stadt dazu beitragen, die Vielfalt der Arten und Lebensräume zu erhalten?**

EW: Och je. Auf diese Suggestivfrage soll dann wohl die Antwort sein: Indem ich mich für den Erhalt von "Wiesen, Ackerrainen und Randstreifen sowie Feldgehölzen" einsetze, oder? Die Frage ist natürlich, was geeignete Maßnahmen dazu sind. Hier bin ich ehrlich gesagt überfragt. Ich hoffe, dass es das gewünschte Gesamtkonzept geben wird und in diesem Rahmen geeignete Maßnahmen von fachlich versierten Personen erarbeitet werden. Aus meiner persönlichen Erfahrung im Rahmen meiner Zivildiensttätigkeit ist mir bekannt, dass es nötig sein wird, dass die GemeindearbeiterInnen, die solche oder ähnliche Flächen pflegen, genaue Informationen und Anweisungen bezüglich der durchzuführenden beziehungsweise der explizit nicht durchzuführenden Pflegemaßnahmen erhalten.

MG: Die Stadt soll alternative Landbewirtschaftungskonzepte fördern, die eine große Artenvielfalt bewahren. Bio-Landwirtschaft mit diversifiziertem Anbau gehört dazu.

UL: Intensive Landwirtschaft ist nur im geringen Maß Bestandteil der Bodennutzung der Stadt Karlsruhe, somit sind Maßnahmen eh nur sehr begrenzt möglich. Der nicht bebaute städtische Raum zeichnet sich durch viele Garten- und Parklandschaften aus, die gerade in ihrer Kleinteiligkeit und Abwechslungsreichtum schon eine große Artenvielfalt beherbergt und schützt. Inwieweit Aufklärung und ggf. Maßnahmen beim Einsatz von Giften und industriellem Saatgut im privaten Bereich zu einer Verbesserung führen mag, kann ich nicht beurteilen.

mc: Wie ich es überschaue, nimmt der landwirtschaftlich genutzte Raum nur einen geringen Teil der Fläche in unseren Gemarkungsgrenzen ein, sollte es hier Missstände geben kann man die sicher in einem konstruktiven Dialog lösen.

**1.6 Auwälder gelten als so genannte Hotspots der Artenvielfalt.**

**Was wollen Sie zum Schutz der Auenlebensräume in Karlsruhe tun? Nicht selten ist festzustellen, dass im Vorfeld kommunaler Planungsverfahren weder die Naturschutzbehörde noch andere Fachbehörden noch die Naturschutzverbände so eingebunden waren, dass eine naturverträgliche oder alternative Lösung möglich war.**

**Setzen Sie sich dafür ein, die Verwaltungsstruktur so zu optimieren, dass die Zuständigkeitsbereiche weiter vernetzt werden?**

EW: Ja. Ich schließe mich der Stellungnahme von Marcel Gültig hierzu voll und ganz an. Des Weiteren sollte die Einbindung insbesondere deswegen möglichst früh geschehen und die fachliche Untersuchung so rasch wie möglich geschehen, um den Zeitverzug während des Planungsverfahrens tunlichst gering zu halten. Dies ist wichtig für die Akzeptanz in der Verwaltung

sowie bei den BürgerInnen.

MG: Die frühzeitige Einbeziehung aller Beteiligten und Betroffenen ist ein großes Anliegen der Piraten. Dazu gehört eine effiziente Verwaltung, die intern gut vernetzt ist.

UL: die Verbesserung und größere Transparenz der Arbeit der städtischen Verwaltung ist eines unserer Kernanliegen, das schließt die Verbesserung der Kommunikation der verschiedenen Ressorts natürlich ein.

GG: Der Karlsruhe Piratenpartei ist es ein besonderes Anliegen Bürger und Organisationen derart zu beteiligen, indem ihre Expertise genutzt wird, um neue Sichtweisen in den Gemeinderat und die -verwaltung einzubringen, die sonst möglicherweise nicht gehört werden würden. Über "Open Antrag" besteht darüber hinaus die Möglichkeit, dass Bürger Anträge an die Piratenfraktion stellen können, damit diese die Anträge übernehmen kann. Dies wird mehr Beteiligung ermöglichen.

mc: Mitbestimmung und Transparenz sind ja unsere Kernthemen, da will ich die Auenwälder jetzt nicht ausnehmen.

**1.7 Karlsruhe hat viele Grünstrukturen, Innerstädtisches Grün, Gärten, Parks und Wälder. Zunehmend werden vor allem die noch vorhandenen natürlich gewachsenen und ökologisch sehr wertvollen Grünbestände, Bäume und Hecken durch übertriebene Fäll- und Pflegemaßnahmen sowie den Ersatz durch pflegeleichte und „gefällige“ Baum- und Straucharten ersetzt.**

**Werden Sie gegen diese Entwicklung oder übertriebenen Maßnahmen vorgehen und über Ihre Fraktion entsprechende Vorgaben und Handlungsanleitungen an die betreffenden Ämter erwirken? Werden Sie dafür sorgen, dass der Stellenwert des Umweltamtes bei der Gestaltung von Pflegemaßnahmen deutlich gestärkt wird?**

EW: Zur letzten Frage ein klares Ja. In meinen Augen erübrigt sich dadurch die erste Frage, da dies dann in die Zuständigkeit des Umweltamts fällt.

MG: Mit diesem Thema kenne ich mich zu wenig aus um eine definitive Antwort zu geben. Ich bin aber offen Anregungen als Stadtrat entgegenzunehmen und in einem Antrag einzureichen.

UL: Ob die einleitende Behauptung stimmt (übertriebene Pflege, Ersatz durch pflegeleichtes Grün), das entzieht sich meiner Kenntnis. Grundsätzlich sollte heimische Natur erhalten und ersetzt werden, soweit es geeignet ist. Ob das Umweltamt dazu gestärkt werden muss weiß ich nicht, werde es aber bei entsprechender Gelegenheit prüfen und ggf. forcieren.

GG: Für die Aussage, dass eine übertriebene Pflege stattfindet oder zu viel pflegeleichtes Grün eingesetzt wird, liegt mir kein Beleg vor. Eine preissensitive Gestaltung und Pflege und damit auch

einen sparsamen Umgang mit Finanzmitteln für Grünstrukturen halte ich in so fern für sinnvoll, wie er Artenvielfalt und Naturräume nicht nachteilig beeinflusst für akzeptabel. Wichtig wäre mir im Gegenzug der Ausbau alternative Grünstrukturen wie beispielsweise Bannwälder, welche einen Ausgleich bieten können.

mc: Mir sind diese Maßnahmen nicht aufgefallen, generell wollen wir jedoch Strukturen zum Dialog zwischen den Bürgern und der Verwaltung schaffen, die es ermöglichen, dass Missstände zeitnah (also nicht erst bei der Wahl) der Verwaltung zugetragen werden und von dieser auch beantwortet werden.

**1.8 Der Bestand der ökologisch hochwertigen Streuobstwiesen geht nach wie vor trotz aller Fördermaßnahmen drastisch zurück. Der Großteil der noch vorhandenen Obstbäume wird unregelmäßig oder gar nicht mehr gepflegt. Ältere Bäume werden oft entfernt und nicht wieder ersetzt. Wiesen werden zu häufig gemulcht statt gemäht. Bei falscher Bewirtschaftung geht der Artenreichtum der Wiesen zurück. Ökonomische oder andere Anreize zum Erhalt der Streuobstflächen fehlen.**

**Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um dem weiteren Verfall der Streuobstbestände auf städtischem Grund sowie auch auf privaten Flächen entgegen zu treten?**

EW: Hier bin ich überfragt. Ich bin offen für Anregungen.

MG: Mit diesem Thema kenne ich mich zu wenig aus um konkrete Maßnahmen vorzuschlagen.

UL: Soweit Maßnahmen dazu möglich sind oder Abstimmungen dazu anstehen werde ich fachlichen Rat zu ökologischen aber auch juristischen Details gerne annehmen. Unklar ist mir insbesondere, inwieweit hier Einfluss auf privat genutzte Flächen überhaupt möglich ist.

GG: Streuobstwiesen sollten soweit möglich unter Schutz gestellt werden. Außerdem sollten sie durch ein Patensystem gepflegt werden. Paten könnten Schulen, Kindergärten, Naturschutzverbände sein. Hierdurch bekämen Streuobstwiesen entsprechende Aufmerksamkeit und die Paten würden frühzeitig sensibilisiert. Die schlechte Pflege dürfte auch ein Kostenthema sein. Durch das Patensystem könnten kostenneutral naturkundliche Räume geschaffen werden.

mc: Von der Kommunalpolitik unabhängig setzt sich die Piratenpartei gegen Patente auf Lebewesen und die Allmacht der Saatgutkonzerne ein. Sollte es kommunalpolitisch Möglichkeiten geben, Entscheidungen zu treffen, die heimische Arten, wie auch unsere Knielinger Holzbiere erhalten, werde ich mich dafür einsetzen.

## **2. Themenbereich Verkehr**

**2.1 Unsere Stadt ist durch den Autoverkehr hoch belastet. Welche gezielten Maßnahmen zur Verringerung des Autoverkehrs und zur Förderung des Umweltverbundes - zu Fuß, per Rad,**

## **mit Bus und Bahn - halten Sie für erstrebenswert?**

EW: Das Radnetz soll mindestens gemäß der aktuellen Planung umgesetzt werden. Zur Förderung des Radverkehrs setze ich mich außerdem für den Bau von Radschnellwegen ein, um auch einen Teil des Pendelverkehrs auf das Rad zu verlagern. Durch die zunehmende Verbreitung von Elektrofahrrädern gibt es hier Synergieeffekte. Es besteht die Möglichkeit zur Förderung durch das Land.

Für den zunehmenden Radverkehr müssen durch die Stadt, die Karlsruher Hochschulen, die Unternehmen und weitere Karlsruher Institutionen (u.a. diverse Landeseinrichtungen) mehr Fahrradstellplätze geschaffen werden, die zum sicheren Absperren geeignet sind (ADFC-empfohlene Absperranlagen). Derzeit genügt diese bei weitem nicht dem Bedarf.

Die Anzahl der Fahrraddiebstähle und deren geringe Aufklärungsquote in Karlsruhe ist sehr besorgniserregend. Die Stadt sollte die Polizei hier durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit unterstützen, damit die BürgerInnen effektive Präventionsmaßnahmen ergreifen können.

Durch die Einführung des fahrscheinlosen ÖPNV könnte ein Großteil des Verkehrs vom Auto auf Bahn und Bus verlagert werden. Ich halte es allerdings trotz der vielen Vorteile für unwahrscheinlich, dass wir diese Maßnahme im Gemeinderat durchsetzen können.

MG: Wir fordern langfristig einen fahrscheinlosen Nahverkehr um die Attraktivität des ÖPNV zu steigern. Außerdem wollen wir die Fahrradinfrastruktur ausbauen, z.B. mit Radschnellwegen für Pendler und mehr Fahrradabstellplätzen.

UL: durch senken der Hemmschwellen bei der Benutzung des ÖPNV und einer verbesserter Attraktivität durch dessen Ausbau, sowie Verbesserung der Fahrrad- und Elektrorad-Infrastruktur ist es gerade in Karlsruhe sicher möglich die gesamt gefahrenen PKW-Kilometer spürbar zu reduzieren.

GG: Die Piraten Karlsruhe setzen sich für den fahrscheinlosen und umlagenfinanzierten ÖPNV ein. Es ist anzunehmen, dass auch Autofahrer ermutigt werden, häufiger ÖPNV zu nutzen, wenn sie nicht den Eindruck haben hierfür nochmals einen Fahrschein lösen zu müssen, sondern wenn sie wüssten, dass dieser ohnehin bereits bezahlt wäre.

mc: Fahrscheinloser ÖPNV und ein verbessertes Radwegenetz sollen die Attraktivität der Mobilität jenseits der individuellen Automobilität erhöhen.

## **2.2 Tempo 30 verringert die gesundheitsschädliche Lärmbelastung durch Autoverkehr und erhöht die Verkehrssicherheit. Unterstützen Sie die Forderungen der Verkehrsverbände nach Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit und nach weiteren verkehrsberuhigten Bereichen im Stadtgebiet?**

EW: Ja. Ich persönlich halte 30 km/h als Regelgeschwindigkeit für sinnvoll. Durch die geringere Geschwindigkeitsdifferenz wird auch die gegenseitige Beeinträchtigung im Verkehrsfluss zwischen Fahrrad- und Autoverkehr reduziert. Hauptverkehrsachsen sollen weiterhin mit 50 km/h oder bei 4-spurigem Ausbau auch schneller befahren werden dürfen (Ich habe die Antwort teilweise von Marcel Gültig übernommen).

MG: Ich persönlich halte eine Generelle 30er Regelung für sinnvoll. Hauptverkehrsachsen sollten weiterhin mit Tempo 50 oder bei 4-spurigem Ausbau auch schneller befahren werden dürfen.

UL: Da in kreuzungsgeprägten städtischem Raum die Durchschnittsgeschwindigkeit von Kraftverkehr sowieso weit unter 50 Stundenkilometern liegt und stetes Beschleunigen und Bremsen auch nur die Immisionen steigert, ist Tempo 30 in all diesen Gebieten sinnvoll - und zudem mit dem Fahrradverkehr viel besser verträglich. Auf kreuzungsfreien Strecken ist eine schnellere Fahrt insbesondere stadtauswärts sinnvoll und sollte daher nicht behindert werden

GG: Ja, ich bin für weitere verkehrsberuhigte Bereiche im Stadtgebiet.

mc: Eine Ausweitung der Tempo 30 Gebiete erscheint mir durchaus sinnvoll. Ob dies mit einer Regelgeschwindigkeit von 50 oder 30 am sinnvollsten realisiert werden könnte, würde ich gerne experimentell erprobt wissen. Vor Allem fände ich es wichtig, dass jenseits der Standardregelung, egal ob 30 oder 50, von den Anwohnerneine Einflussnahme auf Änderung der Situation möglich ist.

### **2.3 Parken auf Gehwegen ist üblich, aber nicht erlaubt. Welche Maßnahmen möchten Sie ergreifen, um legales Parken im Interesse der Fußgänger durchzusetzen?**

EW: Ich halte diese weit verbreitete Bagatelle nicht für schädlich, sondern für sinnvoll. Durch sie bleibt die freie Fahrspur breit genug, um weiterhin benutzbar zu sein. Ich habe bisher nicht erlebt, dass dadurch FußgängerInnen ernsthaft beeinträchtigt werden. Entsprechend sollte meiner Meinung nach das Parken auf der Gehwegkante in der Straßenverkehrsordnung gestattet werden. Dies ist Bundesangelegenheit und nicht im Rahmen der Kommunalpolitik erreichbar.

An Stellen, an denen Fußgänger (insbesondere auch mit Kinderwagen, Rollator oder Rollstuhl) oder auch der Radverkehr regelmäßig durch Falschparker behindert oder gefährdet werden, sollte natürlich dagegen vorgegangen werden.

MG: Durch eine Ausweitung des ÖPNV und Parkalternativen muss dagegen vorgegangen werden.

UL: Das Rücksichtnahmegebot in der Straßenverkehrsordnung sollte Gehwegparkern gewärtig genug sein, dass trotz einer Nutzung des Gehwegs dort für Fußgänger, Rollstühle, Kinderwagen ausreichend Platz bleibt. Wo dagegen verstoßen wird sollte der Ordnungsdienst einschreiten.

GG: Das geduldete "Parken auf Gehwegen" ist ein Karlsruher Phänomen. In anderen Städten wird dies eher geahndet. Ich bin an dieser Stelle gegen Überregulierung: Solange Personen ihre Fahrzeuge (Autos, Fahrräder, etc.) so parken, dass niemand behindert wird, stellt dies für mich kein Problem dar. Ärgerlich finde ich es, wenn ich mit Kinderwagen an manchen Stellen nicht mehr durchkomme. In diesem Fall sollte die Ordnungswidrigkeit als solche geahndet werden. Darüber hinaus wünsche ich mir die Zivilcourage von allen Personen die erleben, dass ein Verkehrsteilnehmer "unfair" parkt, diese Personen dann auch direkt anzusprechen. Wenn wir gemeinsam darauf achten, mehr Rücksicht zu nehmen, sind wir meiner Meinung auf einem

besseren Weg, als wenn wir die Menschen bestrafen. - Und diese wissen, dass sie sich für ein Knöllchen moralisch "freikaufen" können.

mc: Es gibt viele Stellen wo Halbgehwegparken sinnvoll möglich ist, dies sollte jedoch im Laufe der nächsten Jahre markiert werden, so dass eine Rechtssicherheit besteht, und dass die Räume für auch Zwillingsskinderwägen und breite Rollstühle trotzdem besser als jetzt freigehalten werden.

#### **2.4 Für welche Maßnahmen zur Gewährleistung einer leistungsfähigen Rheinquerung für den Individualverkehr Autos zwischen Karlsruhe und Wörth werden Sie sich einsetzen?**

- a) Sanierung der bestehenden Brücke,
- b) Ersatzbrücke anstelle der bestehenden Brücke,
- c) Brückenneubau ca. 1,5 km nördlich der bestehenden Brücke

EW: Die Situation ist komplex. Maßnahme c) halte ich für keine geeignete Lösung. Eine zweite Rheinquerung südlich von Karlsruhe (auf Karlsruher oder Rheinstettener Gemarkung) mit direktem Anschluss an die B36 und die A5 bei Ettlingen sollte meines Erachtens wieder in Betracht gezogen werden. Die Maßnahmen a) und b) scheinen mir geeigneter als c), sie würden aber weiterhin überregionalen Verkehr mitten durch Karlsruhe führen. Meine Meinungsbildung zu dem Thema ist noch nicht abgeschlossen. Es ist nicht auszuschließen, dass ich meine Position nach einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit dem Thema ändere.

MG: Wir wollen eine Rheinquerung, die das Karlsruher Verkehrsnetz sinnvoll ergänzt. dies ist mit der aktuellen Planung nicht zu machen. Eine Ausweitung des ÖPNV könnte außerdem die jetzige Brücke entlasten. Persönlich würde ich daher Optionen a) und b) unterstützen.

UL: die bestehende Brücke muss in jedem Fall saniert werden, Option a ist unausweichlich, doch die Überlastung des Karlsruher Straßennetzes und der bestehenden Brücke durch den west-östlich querenden Verkehr kann nur durch eine außerstädtische Gesamtmaßnahme begegnet werden. Dafür ist die vorgeschlagene Lösung b und c ungeeignet. Hierfür benötigt es zwingend einen zusätzlich Brückenneubau einschließlich Anbindung an das Fernstraßennetz in BaWü und RP, ggf auch in F.

mc: Eine zweite Rheinbrücke sollte wirklich eine Ortsumgehung sein, die og. Alternativen sehen nur eine Möglichkeit vor, die Stadt Karlsruhe mit möglichst vielen Autos zu fluten. Durch unsere Maßnahmen zur Stärkung des ÖPNV erhoffen wir uns natürlich eine signifikante Reduktion des Autoverkehrs sowohl in Karlsruhe, als auch um Karlsruhe herum.

#### **2.5 Das international anerkannte Karlsruher Modell hat durch Unpünktlichkeit, das Anhalten von Straßen- und Stadtbahnen an den Lichtsignalanlagen, unzureichende Vorrangschaltungen für Busse und Bahnen an Kreuzungen, Zugausfälle, Fahrtzeitverlängerungen und drastische Fahrpreiserhöhungen Schaden genommen. Was werden Sie tun, um die Qualität und Leistungsfähigkeit, z. B. durch eine „Grüne Welle“ für Bus und Bahn, des KVV wieder herzustellen?**

UL: Verschiedene Maßnahmen im Sinne der Nutzer sollten die Attraktivität des ÖPNV steigern

können. Dazu gehören sicher die Preisgestaltung einschließlich eines Modellversuchs zum fahrscheinlosen Nahverkehr und die Wiederherstellung eines funktionierenden Vorrangssystems für Bahnen und ggf auch für Busse. Ebenso halte ich die Vernetzung mit Fahrradinfrastruktur und Fußgängerbereichen für verbesserungsfähig.

EW: Ich denke, die Problematik wird hier übertrieben dargestellt. Sicher kann man prüfen, ob durch mehr Vorrangschaltungen an weiteren Kreuzungen für die ÖPNV-Fahrzeuge der Verkehrsfluss verbessert werden kann; oder ob dies eher dadurch zu erreichen ist, dass die Lichtsignalanlagen der S-Bahnen besser rhythmisiert bzw. aufeinander abgestimmt werden. Ich sehe den Kern des Problems an anderer Stelle: zum einen wurden viele der S-Bahn-Linien in den vergangenen Jahren verlängert; was auch wünschenswert ist, da so ja mehr Menschen besser an die Stadt und allgemein ans Verkehrsnetz angebunden werden. Auf diesen längeren Strecken gibt es nun aber auch mehr Möglichkeit, dass es durch Störungen zu Verspätungen und Zugausfällen kommt. Zum anderen verlängern sich die Fahrtzeiten durch die vielen Baustellen, da durch sie die Verkehrssituation für die TriebwagenführerInnen unübersichtlicher geworden ist und auch die Schienen derzeit weniger geradlinig als zuvor verlaufen.

Ich bezweifle, dass die in der Fragestellung vorgeschlagenen Lösungsansätze erfolgsversprechend sind. Zum einen haben die S-Bahnen, soweit mir bekannt, fast überall Vorrangschaltungen. Die "grüne Welle" ist damit bereits existent. Dass an einigen großen Kreuzungen (Tullastr., Mühlburger Tor, ...) diese eingeschränkt ist, da hier sonst die große Zahl der S-Bahnen alle anderen VerkehrsteilnehmerInnen regelmäßig über mehrere Minuten blockieren würde, ist für mich eine nachvollziehbare Notwendigkeit.

Auch wenn ich aufgrund des schlechten Kosten-Nutzen-Verhältnisses die U-Strab abgelehnt hätte und ein guter Teil der aktuellen Unannehmlichkeiten auf die zugehörigen Baustellen zurückgehen: Mit der Fertigstellung der Kombilösung werden große Teile des Problemkomplexes der Fahrtzeitverlängerungen wieder beseitigt sein. Leider dauert dies eben seine Zeit. Ich sehe keine Möglichkeiten, unter den aktuellen Umständen die Situation wesentlich zu verbessern. Man kann lediglich individuell versuchen, die Bahn möglichst außerhalb oder zu Beginn der Stoßzeiten zu nutzen.

Auch mir ist die Preispolitik des KVV unter diesen Umständen unverständlich. Mit der Einführung des fahrscheinlosen ÖPNVs würde dies dauerhaft hinfällig.

MG: Ein Modell des fahrscheinlosen ÖPNV würde dem Karlsruher Modell neuen Glanz verschaffen. Der Nahverkehr muss dafür auch weiter ausgebaut werden. Um die Ärgernisse durch Verspätungen im Rahmen zu halten dürfen in Jahren der verstärkten Bautätigkeiten die Preise nicht erhöht werden, sondern attraktivere Angebote geschaffen werden.

GG: Die derzeitige ÖPNV-Situation innerhalb des Karlsruher Stadtgebietes ist leider sehr durchwachsen. Letztlich verfolgen die derzeitigen Maßnahmen rund um die U-Strab und die Umgestaltung des Verkehrsraums ja das Ziel, diesen reibungsloser zu gestalten - unabhängig davon, wie man selbst zur U-Strab stehen mag.

Darüber hinaus müssen wir prüfen, an welchen Stellen die Möglichkeiten der bekannten "grünen Welle" für Straßenbahnen besser ausgeschöpft werden können.

mc: Durch unseren Ansatz des fahrscheinlosen ÖPNV wäre die Preispolitik wohl eher nachrangig. Durch den Ansatz, die Kommunikationsstrukturen zwischen Kommune und Bürger zu verbessern, erhoffen wir uns natürlich auch, dass die Servicequalität gesteigert wird.

## **2.6 Für Fahrten über die KVV-Grenzen hinaus gibt es viel zu wenige verbundübergreifende Angebote, besonders Richtung Elsass.**

**Werden Sie sich darum kümmern, dass diese Lücken im ÖPNV geschlossen werden?**

EW: Ich unterstütze dieses Anliegen; aber auch als Stadtrat hat man nur begrenzten Einfluss auf den KVV über die Stadt und die im KVV vertretenen städtischen Betriebe.

MG: Die Vernetzung des ÖPNV ist mir ein Anliegen.

UL: Ich will ein Landes- und länderübergreifendes Vernetzen der Verbände, denn dies steigert die Attraktivität aller Teilnehmenden. Ich denke, dass wir mit diesen Forderungen hier offene Türen einrennen werden

GG: Ich halte es generell für gut, über den eigenen Tellerrand zu blicken. Ich persönlich kann es mir gut vorstellen mit einer Stadtbahn ins Elsass zu fahren. Hier wäre zu prüfen, in wie weit eine länderübergreifende Zusammenarbeit überhaupt möglich ist. Bereits die Zulassung des ICE in anderen Ländern erfordert umfangreiche Verfahren.

Sollte das Karlsruher Modell daher nicht in Richtung Elsass erweitert werden können, werde ich mich für entsprechende Kettenverbindungen und Anschlussoptimierungen zwischen dem Elsass und Karlsruhe einsetzen.

mc: D'accord, aber die Möglichkeiten als Stadtrat da Einfluss zu nehmen, sind wahrscheinlich begrenzt.

## **2.7 Welchen Beitrag halten Sie für den Haushaltsposten "Radverkehr" für sinnvoll und welche Maßnahmen sollten damit umgesetzt werden?**

EW: Für den Ausbau von Radwegen waren in den letzten Jahren jeweils 1,3 Millionen Euro vorgesehen. Dazu kommen weitere Ausgaben für Fahrradständer, Überdachungen derselben und ähnliches. Ich bin für die Beibehaltung oder, falls nötig, eine Erhöhung dieses Beitrags. Die bisherigen Maßnahmen zum Ausbau des Radwegenetzes sollen fortgeführt werden und insbesondere soll die Zahl der sicheren Fahrradständer erhöht werden. Dazu soll es öffentliche Luftpumpen geben. Mittelfristig soll das Karlsruher Radwegenetz durch Radschnellwege (teilweise anstelle der geplanten Routen, die noch nicht planungsausschussreif sind) ergänzt werden. Denn gerade bei den äußeren Stadtteilen und Fahrten in die und aus den umliegenden Gemeinden lässt sich der Anteil des Radverkehrs noch deutlich steigern.

MG: Wie oben erwähnt wollen wir die Fahrradinfrastruktur stärken. Maßnahmen sind: Radschnellwege für Pendler, mehr Fahrradparkplätze und z.B. öffentliche Luftpumpen.

mc: Qualitativ bessere Radwege, bessere Ampelschaltungen, mehr Stellplätze.

**2.8 Vor Kurzem haben Bürgerversammlungen in Hagsfeld und Rintheim zum Thema Entlastung von Verkehr in den Ortskernen stattgefunden. Seitens der Stadtverwaltung wurden den Bürgern vier Alternativen vorgestellt.**

**1a: 4-spurige Grundwasserwanne, Länge 840m, 80 Mio. €**

**1b: 2-spurige Grundwasserwanne, Länge 840m, 65 Mio. €, später erweiterbar zu 1a**

**2: abgespeckte Version: 2-spurige Grundwasserwanne, Länge 340m, niveaugleicher Anschluss an Haid- und Neu-Str., 35 Mio. €**

**3: Nordumfahrung Hagsfeld über Landschafts- und Naturschutzgebiet, 27 Mio. €**  
**Perspektiven der Realisierung:**

**1a/1b mindestens 2 Jahre Planung, Finanzierung offen**

**2 mindesten 5 Jahre Planung, Zuschuss vom Land möglich**

**3 mindestens 7 Jahre Planung, vermutlich keine naturschutzfachliche Genehmigung**

**Für welche der genannten Alternativen werden Sie sich persönlich einsetzen?**

EW: Die Version 1b wurde bereits im Gemeinderat abgestimmt. Daher erübrigt sich die Frage. Ich war bei der Gemeinderatssitzung als Zuhörer anwesend. Nach den dortigen Aussagen war dies auch die Version, welche die Bürgerversammlungen größtenteils befürwortet haben. Wie einige Stadträte hätte ich ebenfalls außerdem für den (erfolglosen) Ergänzungsantrag der KAL-Fraktion gestimmt, die kostengünstigere Variante 2 gleichberechtigt zu planen. Denn die Finanzierung ist noch vollständig ungeklärt und hier ist die Wirtschaftlichkeit besser; dadurch würde zumindest etwas Hoffnung auf Landeszuschüsse bestehen. Voraussichtlich muss die Variante 1b vollständig aus kommunalen Mitteln finanziert werden.

MG: Die Version 1b wurde bereits im Gemeinderat abgestimmt. Daher erübrigt sich die Frage.

UL: Auch ich war bei der Abstimmung anwesend und pflichtete EW in seiner Ausführung bei.

GG: Die konkrete Abstimmung ist bereits erfolgt, daher meine grundsätzliche Meinung an dieser Stelle: Das Naturschutzgebiet bei Hagsfeld und die Frischluftschneise in Richtung Autobahn ist schützenswert.

mc: Wie die Vorredner: 1b, wobei der Realisierungszeitraum wohl eher nicht realistisch ist, da wohl die Baufertigplanung noch fehlt.

### **3. Themenbereich Klima, Luft, Energie, kommunale Ver- und Entsorgung**

**3.1 Die Folgen des Klimawandels sind schon heute in den Ökosystemen aller Kontinente und der Ozeane zu beobachten, so der am 31.3.2014 vorgestellte 5. Sachstandsbericht des IPCC. Für eine Begrenzung der Erderwärmung auf das 2°C-Ziel seien erhebliche Minderungen der**

**Treibhausgasemissionen notwendig. Die Stadt Karlsruhe hat sich mit dem kommunalen Klimaschutzkonzept Ziele für die Reduktion des Primärenergieverbrauchs, der Kohlendioxidemission sowie für den Ausbau der Erneuerbaren Energien gesetzt. Der aktuelle Fortschrittsbericht lässt eine Zielerreichung bis 2020 erhoffen. Werden Sie sich für eine Überarbeitung mit weiter gehenden Zielen einsetzen? Welche Maßnahmen sehen Sie als vordringlich an?**

EW: Wir können die uns selbst gesetzten Ziele natürlich gerne übertreffen. Die Zahlen stimmen in manchen Bereichen aber nur auf den ersten Blick optimistisch. Der Großteil des eingesparten Endenergieverbrauchs geht beispielsweise auf den Rückgang des Energieverbrauchs der Industrie aufgrund der Weltwirtschaftskrise zurück. Ich halte eine Überarbeitung daher für nicht sinnvoll, aber ich möchte mich dafür einsetzen, dass Karlsruhe alle seine im Klimaschutzkonzept festgesetzten Ziele über den Gesamtzeitraum bis 2020 erreicht. Der nächste Fortschrittsbericht, der Mitte 2014 veröffentlicht werden wird, wird zeigen, in welchen Bereichen wir Nachholbedarf haben. Nach dem letzten Bericht sieht es danach aus, dass wir vor allem unsere Maßnahmen zur Senkung des Endenergieverbrauchs verstärken sollten. Die Öffentlichkeitsarbeit sollte hier verbessert werden, denn es mangelt wohl nicht an Motivation, sondern an Information bzw. einem Anstoss. Schließlich hat jeder Energie-SparerIn direkt finanzielle Vorteile. Im Gegensatz zu einer Überarbeitung ist aber wichtig, in der kommenden Legislaturperiode die Fortsetzung nach 2020 mit einem mindestens ebenso engagiertem Klimaschutzkonzept sicherzustellen.

Die/Der interessierte LeserIn findet das Karlsruher Klimaschutzkonzept unter [http://www.karlsruhe.de/b3/natur\\_und\\_umwelt/klimaschutz/klimakonzept/HF\\_sections/content/ZZjZDc9wIIPAFm/ZZjZDdirk99XsX/KlimaschutzkonzeptKarlsruhe2009.pdf](http://www.karlsruhe.de/b3/natur_und_umwelt/klimaschutz/klimakonzept/HF_sections/content/ZZjZDc9wIIPAFm/ZZjZDdirk99XsX/KlimaschutzkonzeptKarlsruhe2009.pdf) und den letzten veröffentlichten Fortschrittsbericht (2011) unter [http://www.karlsruhe.de/b3/natur\\_und\\_umwelt/klimaschutz/klimakonzept/HF\\_sections/content/ZZjZDc9wIIPAFm/ZZkCH3zgeEpwB3/Fortschrittsbericht%202011\\_endg.pdf](http://www.karlsruhe.de/b3/natur_und_umwelt/klimaschutz/klimakonzept/HF_sections/content/ZZjZDc9wIIPAFm/ZZkCH3zgeEpwB3/Fortschrittsbericht%202011_endg.pdf). Der (für Mitte 2013) angekündigte 3. Fortschrittsbereich für das Jahr 2012 wurde leider bisher nicht online veröffentlicht.

MG: Karlsruhe soll mit seinem ÖPNV und Radfreundlichkeit Vorreiter einer autoarmen und damit emissionsarmen Stadt sein. Öffentliche Gebäude sollen möglichst viel erneuerbare Energien nutzen.

UL: Die angestrebten Klimaziele werde ich im Stadtrat unterstützen, und soweit weitergehende durchführbare Maßnahmen auftauchen werde ich auch diese zustimmen. Ich sehe nicht nur globale Vorteile, sondern auch lokale für Luftreinhaltung und Energiekosten.

mc: Die Reduktion der Verbrennung fossiler Brennstoffe ist eine der größten und wichtigsten Aufgaben unseres anfangenden Jahrhunderts, dies möglichst gut zu bewerkstelligen, ist natürlich auch auf kommunaler Ebene ein wichtiges Ziel.

**3.2 Karlsruhe hat mit demIn diesem Jahr geht mit RDK 8 ein neues Kohlekraftwerk bekommenin Karlsruhe ans Netz. Pläne für ein neues großes Gas-und-Dampfturbinen-Kraftwerk bei der auf dem Gelände der MiRO wird ein Gaskraftwerk geplantliegen vor. und**

**mit den bereits bestehenden Kraftwerken steigen die Emissionen in der Summe immer weiter an. Bereits heute ist der Schadstoffausstoß der industriellen Großfeuerungsanlagen in Karlsruhe immens, so betrug beispielsweise der Ausstoß an Stickoxiden im Jahr 2012 aus diesen Anlagen mehr als 3500 Tonnen. Gleichzeitig steht das wesentlich emissionsärmere GuD-Kraftwerk RDK 4S, an dem die Stadtwerke Karlsruhe beteiligt sind, still. Wie wollen Sie dieser Entwicklung begegnen und die Bevölkerung vor den gefährlichen Luftschadstoffen schützen?**

EW: Für den Bau neuer Kraftwerke, die fossile Energien verfeuern, sollen vom Betreiber ältere Kraftwerke stillgelegt werden, so dass der Ausstoß an Schadstoffen und Treibhausgasen insgesamt abnimmt. Durch Kraft-Wärme-Kopplung soll auch die verbleibende Wärmeenergie möglichst effektiv genutzt werden. Sämtliche vom Kostenfaktor her vertretbare Verfahren zum Reduzieren des Schadstoffausstoßes von Kraftwerken sollen verpflichtend sein (z.B. diverse Primärmaßnahmen beim Feuerungsprozess, als Sekundärmaßnahme SCR/SCNR). Dies sind keine kommunalpolitischen Maßnahmen.

Ansonsten kenne ich mich mit der Thematik nicht genug aus, um den Schutz vor Luftschadstoffen (in Karlsruhe vor allem Feinstaub, Ozon und Stickstoffdioxid) zu verbessern.

MG: Die Bevorzugung von Gaskraftwerken gegenüber Kohlekraftwerken muss dringend vorangebracht werden. Leider geht das meines Wissens nur auf Bundesebene.

UL: Soweit die Stadt derartige Entscheidungen in privatwirtschaftlichen Unternehmen beeinflussen kann sollte Sie es schon aus Gründen der Lebensqualität und somit im Interesse der Bevölkerung tun. Entsprechende Anträge und Entscheidungen werde ich daher mittragen.

GG: Den Bau des Kohlekraftwerks bedaure ich. Was die Einbindung der MiRO in die regionale Versorgungsplanung angeht, stehe ich dem offen gegenüber. So wurden beispielsweise 2006/2007 Fernwärmeleitungen von der MiRO zum Heizkraftwerk der Stadtwerke gelegt, um die Abwärme der Raffinerie für Haushalte zu nutzen. Solche Konzepte und gesündere Kreisläufe müssen weiter gefördert werden.

mc: Es ist sehr erstrebenswert, die Emissionen möglichst bald wieder zu senken.

**3.3 Der Klimawandel wird Karlsruhe in Zukunft mehr Hitzetage, tropische Nächte und Starkniederschläge bringen, die Maßnahmen wie beispielsweise stärkere Begrünung von Stadtquartieren, konsequente Freihaltung von Frischluftschneisen und Entsiegelung erfordern.**

**Wie möchten Sie solche Maßnahmen noch besser fördern?**

EW: Ich halte dies zugegebenermaßen für ein Thema von nachrangiger Bedeutung; ich werde mich aber nicht dagegen sperren, sollte es dazu Initiativen von BürgerInnen, StadträtInnen oder aus der Verwaltung geben.

MG: Eine Enge Zusammenarbeit mit dem KIT und Stadtsimulationen sollen die wichtigsten

Maßnahmen herausarbeiten.

UL: Soweit nicht schon von anderen Fraktionen entsprechende Anträge vorliegen, werde ich auf diesen Gebieten Referenten mit passender Fachkenntnis einfordern. Dazu werde ich insbesondere investorenferne Organisationen um Expertise bitten.

GG: Ich möchte dies fördern durch den Schutz der Karlsruher Frischluftschneidse (siehe oben) und dem verhindern weiterer Versiegelung. Bei künftigen Bebauungen muss darauf geachtet werden, ausreichend Parks zur Verfügung zu stellen.

mc: Wir haben eine renommierte Universität am Ort, sollte man deren Ratschläge zum Thema beherzigen, könnte man da schon einiges erreichen.

**3.4 Das Gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz ist zursoll die Schonung der natürlichen Ressourcen, die Vermeidung und das Recycling von Abfällen zu fördern. Bei der Bewertung von Maßnahmen soll dabei der gesamte Lebenszyklus des Abfalls (Transport, Energiebilanz, Schonung der natürlichen Ressourcen etc.) Berücksichtigung finden.**

**Welches Vorgehen zur Abfallvermeidung und zur stofflichen Verwertung von Abfällen (Beispiele Papier, Bioabfall) halten Sie in Karlsruhe für notwendig?**

EW: Mit diesem Thema kenne ich mich nicht sonderlich gut aus. Allgemein halte ich es für wichtig, dass durch Recycling möglichst alle wertvollen Stoffe bzw. Stoffe, deren Herstellung energie- bzw. ressourcenaufwendig (Ressourcen meint auch Wasser u.ä.) ist, wiederverwertet werden; oder auch diejenigen, bei denen die Wiederverwertung auch einfach deswegen wirtschaftlich ist, weil sie sehr einfach ist. Alles andere kann thermisch verwertet werden (Müllverbrennung zur Energiegewinnung). Es erscheint mir vernünftig, dass es dazu Mülltrennung gibt. In Stutensee, wo ich aufgewachsen bin, gibt es schon so lange ich mich erinnern kann, die Trennung von Wertstoff und Papier. Von daher sehe ich nicht, wieso die vom bisherigen Gemeinderat beschlossene Einführung der blauen Tonne in Karlsruhe wesentliche Probleme bereiten sollte. Ansonsten trägt jeder mit seinem individuellen Verhalten für die Abfallvermeidung Verantwortung; insbesondere aber auch Gewerbe und Unternehmen bei der Gestaltung ihrer Verpackungen.

MG: Mit diesem Thema kenne ich mich zu wenig aus um konkrete Maßnahmen vorzuschlagen.

UL: Soweit ich das aus Verbrauchersicht zur Zeit überblicken kann ist die Situation in Karlsruhe vergleichsweise gut. Ich werde mich insbesondere für den Verbleib der Abfallwirtschaft in der städtischen Verantwortung einsetzen, da eine nachhaltige Arbeit in der Privatwirtschaft nur bei Public Relations Stellenwert hat.

GG: Auch ich beurteile die Situation in Karlsruhe als vergleichsweise gut. Auf die kostenfreie Nutzung der Karlsruher Wertstoffhöfe sollte besser hingewiesen werden und darüber aufgeklärt werden. Beispielsweise können auf allen Mülleimern zusätzliche Hinweise angebracht werden, um zu vermeiden, dass Wertstoffe im (unsortierten) Hausmüll-Wertstoffbehälter landen, wo sie einer geringerwertigeren Verwendung als im Wertstoffhof zugeführt werden. Darüber hinaus sollten wir

uns in Karlsruhe für die Einhaltung der Andienungspflicht einhalten und den Wettbewerb um Rohstoffe (Papier) über die sogenannte "blaue Tonne" kritisch prüfen, da dies mittelfristig die Gebühren für alle hochtreibt.

mc: Die Altpapiersammlungen durch Vereine sollte nicht konterkariert werden. Das Konzept der Biotonne erscheint mir eher unausgegoren, da die Wechselintervalle mir zu lang erscheinen.

**3.5 Die Weltgesundheitsorganisation WHO weist darauf hin, dass Lärm nicht nur ein Umweltärgernis, sondern auch eine Bedrohung für die öffentliche Gesundheit darstellt. In Karlsruhe sind im Rahmen der Lärminderungsplanung einige Maßnahmen umgesetzt worden.**

**Welche weiteren Maßnahmen halten Sie für vordringlich?**

EW: Diejenigen, die nach dem überarbeiteten Lärmaktionsplan (LAP) am vordringlichsten sind. Die Überarbeitung des LAP findet aktuell statt. Ich möchte darauf hinweisen, dass sich die Öffentlichkeit die Möglichkeit hat, sich mit Maßnahmenvorschlägen daran beteiligen kann (siehe [http://www.karlsruhe.de/b3/natur\\_und\\_umwelt/umweltschutz/laerm/laermaktionsplan.de](http://www.karlsruhe.de/b3/natur_und_umwelt/umweltschutz/laerm/laermaktionsplan.de)).

MG: Die weitere Dämmung der Südtangente.

UL: Eine Entlastung der Stadt von unnötigem motorisiertem Verkehr dürfte die deutlichste Minderung an Lärm bringen. Vermeidung von Fahrten zur Parkplatzsuche, Ampelphasendaueranzeigen, Verlocken zu Park&Ride oder den Gebrauch von Fahrrad und Elektrofahrzeugen, letzteres auch für innerstädtischen Serviceverkehr, wie Taxiunternehmen und Handwerker.

GG: Bessere / neue Schallschutzwände im Bereich der Autobahndreiecke A8/A5. Eine Reduzierung der Geschwindigkeit durch Schaffung weiterer Zone 30-Regelungen.

mc: Unser ÖPNV-Konzept sollte eine Lärmreduktion bedeuten. Lärmmessungen sollten nicht nur am Mittelwert beurteilt werden, sondern es sollte auch der für den Anwohner relevante Spitzenwert bei ungünstigen Windverhältnissen bewertet werden. Wichtig erscheint mir auch die nächtliche Überwachung mancher Geschwindigkeitsbegrenzungen. Beispiel hierfür ist zum Beispiel ist die Sudetenstraße oder auch die Haid- und Neu Straße.

**3.2 Stadtnahe Freiflächen ermöglichen die nächtliche Kaltluftbildung und reduzieren dadurch im Sommer gesundheitlich belastende Hitze in der Nacht. Andererseits wird von der Wirtschaftsförderung die Ausweisung weiterer Gewerbeflächen gefordert. Wo setzen Sie in der Abwägung Ihren Schwerpunkt?**

EW:

MG: Die klimatische Entwicklung der Stadt ist immens wichtig. Neue Gewerbeflächen müssen daher über Simulationen zeigen, dass sie nicht schädlich für das Stadtklima sind.

UL: Neue Gewerbegebiete sollen nicht in Frischluftschneisen ausgewiesen werden.

GG: Für den Erhalt und den Schutz der Frischluftschneisen. Für die Ausweisung von Gewerbeflächen gibt es meines Erachtens Alternativen.

mc: Möglichkeiten der Ansiedlung durch Verdichtung. Man sollte die Steuerungsmöglichkeiten insofern nutzen, dass auch weniger flächenversiegelnde Industrie angezogen wird.

### **3.3 Wie kann aus Ihrer Sicht die energiesparende Bauweise und Gebäudesanierung im privaten Wohnungsbau und bei Gewerbebetrieben beschleunigt werden?**

EW:

MG: Hier sehe ich die Aufgaben auf Landes und Bundesebene.

UL; Städtische Behörden und die Stadwerke können wie bereits praktiziert durch Beratung und Förderung auf die Umsetzung entsprechender Bauweisen und Ausstattung einwirken. Die Förderprogramme müssen dazu erhalten bzw. jeweils neu aufgelegt werden.

GG: Durch eine bessere Nutzung bestehender Förderprogramme.

mc: Städtische Betriebe und Subunternehmen sollen diesbezüglich handeln, Schulungen und Beratungen für Privatbesitzer sollen flankierend helfen.

### **3.4 Welche Maßnahmen muss die Stadt Karlsruhe ergreifen hinsichtlich der energetischen Gebäudesanierung bei den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften?**

EW:

MG: Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung sollten Vorrang haben. Die Stadt muss hier mit gutem Beispiel vorangehen.

UL: Einzelne Maßnahmen vorzuschlagen erfordert tiefgehend Kenntnisse zu den jeweiligen Objekten. Hier muss ich mich auf Leute mit dem entsprechenden Wissen verlassen und kann mir lediglich die Vorteile z.B von Fernwärmeversorgung gegenüber BHKWs erläutern lassen. Ich habe aber Zweifel, dass die steuernde Funktion des Stadtrats so tiefgreifend ist.

GG: Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften sollen dazu verpflichtet werden, dass sie im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten jährlich einen zu definierenden Prozentsatz sanieren.

mc: Natürlich sollen die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften hier Vorreiter sein. Vernünftigerweise sollen diese Maßnahmen so gesteuert werden, dass sie mit anstehenden Sanierungsmaßnahmen kosten- und zeitgünstig realisiert werden können.

**3.5 Welche Einflussmöglichkeiten auf städtische Gesellschaften sollte die Stadt Karlsruhe nutzen, um die Fortschritte bei der Reduzierung von Energieverbrauch und Kohlendioxidemission für den Klimaschutz zu erreichen?**

EW:

MG: Mit diesem Thema kenne ich mich zu wenig aus um konkrete Maßnahmen vorzuschlagen.

UL: Alle regulär verfügbaren Mittel, die das Funktionieren der Betriebe nicht einschränkt. Z.B. können im Aufsichtsrat entsprechende Entscheidungen fallen.

GG: Alle Entscheidungen, die ein Gesellschafter einer Gesellschaft treffen kann. Beispielsweise die konsequente Umstellung der städtischen Fahrzeugflotte auf erdgas- und elektrotriebene Fahrzeuge, soweit möglich und in der Gesamtökobilanz sinnvoll, d.h. bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen.

mc: Eine Möglichkeit ist ein ökologisches Benchmarking, Vorgabe von Leitlinien, und wie immer bei uns Piraten, mal auf die Bürger hören, was denn verbessert werden könnte.

**3.6 Bis zu 200 Tonnen Feinstaub und über 2000 Tonnen Stickoxide sollen nach Inbetriebnahme des neuen Kohlekraftwerks RDK 8 zusätzlich pro Jahr in die Karlsruher Luft geblasen werden. Für das bestehende Kraftwerk RDK 7 sind bei den Stickoxiden und Staubemissionen im Vergleich zu RDK 8 doppelt so hohe Emissionskonzentrationen genehmigt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei Inbetriebnahme von RDK 8 das alte Kraftwerk RDK 7 nachgerüstet bzw. stillgelegt wird?**

EW:

MG: Ich würde mich dafür einsetzen schadstoffreiche Teile des RDK abzuschalten oder nachzurüsten.

UL: Natürlich werde ich eine Reduzierung der Immissionswerte fordern, wenn die technisch

möglich ist und ich darauf Einfluss nehmen kann. Wenn ein Weiterbetrieb unnötig ist werde ich natürlich auch eine Stilllegung fordern.

GG: Ja, wenn eine Nachrüstung technisch möglich ist, sollte diese schnellstmöglich erfolgen. Darüber hinaus bin ich ohnehin für eine größtmögliche Stilllegung von Kohlekraftwerken.

mc: Ich wohne in Knielingen, da sollte die Antwort wohl selbstredend sein.

**3.7 In Karlsruhe gab und gibt es bereits einige Projekte zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wie wollen Sie Stadtwerke und Bürger für zukünftige neue Projekte zum Thema Erneuerbare Energien gewinnen?**

EW:

MG: Mit diesem Thema kenne ich mich zu wenig aus um konkrete Maßnahmen vorzuschlagen.

UL: Städtische Behörden und die Stadwerke können wie bereits praktiziert durch Beratung und Förderung auf die Umsetzung entsprechender Ausstattung einwirken. Die Förderprogramme müssen auf Wirksamkeit geprüft, und ggf. angepasst, erhalten oder neu aufgelegt werden.

GG: Auf die Stadtwerke kann und sollte die Stadt Karlsruhe als Gesellschafter Einfluss nehmen. Die Stadtwerke müssen den Bürgern mit gutem Beispiel vorangehen. Es gibt ein großes Vertrauen in die Karlsruhe Stadtwerke durch die Bürgerinnen und Bürger.

mc: Beratung, und auch Möglichkeiten anbieten, sich an größeren Projekten, wie dem Energieberg zu beteiligen.

**3.8 Derzeit läuft ein Planfeststellungsverfahren für den Hochwasserrückhalteraum Bellenkopf/Rappenwört.**

**Wie stehen Sie zur derzeit vorliegenden Planung? Für welche Änderungen im Rahmen des weiteren Planfeststellungsverfahrens werden Sie sich ggf. einsetzen?**

EW: Für den Rückhalteraum gab es verschiedene Planungen, im wesentlichen sind zwei zu erwähnen: Variante I, ein ungesteuerter Retentionsraum mit Damöffnungen, und Variante II, ein gesteuerter Retentionsraum (Polder) mit ökologischen Flutungen. Beide Varianten erfüllten die Anforderungen, die an das Bauwerk zum Hochwasserschutz gestellt werden. Ich hätte Variante I bevorzugt, da sie die ökologischere Lösung war. Variante II ermöglicht in Bezug auf den Hochwasserschutz aber eine Mehrleistung, welche dem Land höhere Baukosten, dauerhaft höhere Betriebskosten und ökologische Einbußen wert ist. Im endlich begonnenen Planfeststellungsverfahren befindet sich nur noch ausschließlich Variante II. Es sind aber auch hier noch Änderungen für eine ökologischere Umsetzung möglich. Der Ausbau des Hochwasserdamms XXV erscheint mir nicht notwendig, ebensowenig mehrere Begleitgräben der Hochwasserdämme. Auch

die Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee ist kritisch zu betrachten; ein Zerschneiden des Naturraums und ein harter Waldeingriff sind möglichst zu vermeiden. Bei all dem halte ich einen baldigen Baubeginn, d.h. möglichst 2016 oder 2017, für erstrebenswert.

MG: Mit diesem Thema kenne ich mich zu wenig aus um eine sinnvolle Antwort zu geben.

UL: Mir sind bislang diese Pläne nicht geläufig. Sollte eine Entscheidung mit meiner Beteiligung anstehen, werde ich mich über unterschiedliche Quellen informieren und danach abstimmen.

GG: Ich kannte das Planfeststellungsverfahren noch nicht, werde es mir nun aber ansehen! Vielen Dank für den Hinweis. Insbesondere wird zu prüfen sein, ob durch den Hochwasserrückhalteraum Lebensräume und Arten gefährdet wären. In diesem Fall sollten Alternative geprüft werden.

mc: Generell sind die Rückhaltebecken natürlich nötig und wichtig, Probleme sollten transparent dargestellt und geklärt werden.

**3.9 Derzeit speist sich die Wasserversorgung der Stadtwerke Karlsruhe aus vier Wasserwerken. Gemäß Angaben der Stadtwerke gilt: „Alle Untersuchungen bestätigen immer wieder die hervorragende Qualität unseres Trinkwassers aus den Karlsruher Wasserwerken, einem gesunden Lebensmittel ohne Zusatzstoffe, welches von Ihnen bedenkenlos getrunken und für Säuglingsnahrung verwendet werden kann.“**

**Welche Maßnahmen zur Gewährleistung der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung in Karlsruhe halten Sie für notwendig?**

EW: Diese Frage zielt wohl indirekt auf das von den Stadtwerken geplante Wasserwerk Kastenwört ab. Ich sehe dieses Wasserwerk kritisch. Wenn der Wasserrechtsantrag genehmigungsfähig sein sollte und von der Naturschutzbehörde genehmigt wird, kann es gebaut werden, um die Nachfragespitzen im Sommer decken zu können. Die Auswirkungen auf den umliegenden Naturraum sind aber nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft zu beobachten und der Betrieb gegebenenfalls daran anzupassen. Sollte es keine wasserrechtliche Genehmigung erhalten, müssen die Stadtwerke wohl ihre bereits vorhandenen Wasserwerke ertüchtigen.

MG: Mit diesem Thema kenne ich mich zu wenig aus um konkrete Maßnahmen vorzuschlagen.

UL: Offensichtlich machen die Stadtwerke bei der Wasserversorgung Ihren Job gut, und auch die Qualitätskontrolle weist keine Mängel auf. Ich halte daher ein Eingreifen für unnötig.

GG: Karlsruhe profitiert immer wieder von dem hervorragenden Grundwasser. Im Zuge der globalen Erwärmung der klimatischen Veränderungen sollte kontinuierlich überwacht werden, in wie fern sich Grundwasserspiegel verändert. Die Karlsruher Wasserschutzgebiete müssen erhalten und ggf. ausgebaut werden. In Gegenden, in denen Wasserschutzgebiete durch Bebauung (insbesondere Gewerbeflächen) bedroht sein könnten (was meiner Meinung nach z.B. auf den Nordosten Karlsruhes zutrifft), sollte auf die Bebauung verzichtet werden.

mc: Ich will natürlich die Qualität der Wasserversorgung aufrecht erhalten. Eine Privatisierung der Wasserversorgung fände ich schlecht, und ich würde alles tun, dies zu vermeiden.

**Wie stehen sie zum geplanten Wasserwerk Kastenwört? Welche Maßnahmen zur Revitalisierung des Naturraums Rheinaue sollten beim Retentionsraum Bellenkopf/Rappenwört nach Ihrer Ansicht umgesetzt werden? Welchen Aspekten der Planung stehen Sie kritisch gegenüber? Befürworten Sie ökologische Flutungen?**

EW:

MG: Mit diesem Thema kenne ich mich zu wenig aus um eine sinnvolle Antwort zu geben.

UL: Mir sind leider keine Pläne zum Wasserwerk Kastenwört geläufig. Sollte eine Entscheidung mit meiner Beteiligung anstehen, werde ich mich über unterschiedliche Quellen informieren und danach abstimmen.

GG: Da die Berechnungsgrundlagen für das Wasserwerk Kastenwört sehr umstritten sind, werde ich mich für eine Prüfung einsetzen. Höchstwahrscheinlich wird es danach abzulehnen sein. Statt von einem hohen Anstieg des Wasserverbrauchs auszugehen, sollten überprüft werden, ob die Effizienz bei der Trinkwassernutzung gesteigert werden könnte. Exemplarisch seien die 100 Mio. Liter Grundwasser genannt, die Michelin 2013 beantragte - was mir hoch erscheint. Ökologische Flutungen halte ich nur dann für sinnvollen, falls hierdurch tatsächlich größerer ökologischer Schaden in den Rückhalteräumen vermieden wird.

mc: Mit diesem Thema kenne ich mich zu wenig aus um eine sinnvolle Antwort zu geben.

**1.10 Der geplante Umbau der Vergärungsanlage auf der Mülldeponie Ost zur Behandlung des Karlsruher Bioabfalls ist umstritten. Wie stehen Sie zu der vorliegenden Planung? Welche Schritte zur Klärung offener Fragen sowie zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sehen Sie als geboten an, und welche Alternativen schlagen Sie ggf. zur Umsetzung vor?**

EW:

MG: Mit diesem Thema kenne ich mich zu wenig aus um eine sinnvolle Antwort zu geben.

UL: Mir sind leider keine Pläne zum Umbau geläufig. Sollte eine Entscheidung mit meiner Beteiligung anstehen, werde ich mich über unterschiedliche Quellen informieren und danach abstimmen.

GG: Der letzte Stand der aktuellen Planung ist mir derzeit nicht bekannt, danke für den Hinweis.

mc: die Prüfung sollte möglichst transparent und umfassend sein, um eine Durchführung wie beim Thermoselektprojekt zu vermeiden,